

Kampf den Gebühren

Bürgerliche Mehrheit des Kantonsrats empfiehlt Initiativen zur Annahme

«Ja zu fairen Gebühren», auf kantonaler wie auf kommunaler Ebene – dazu wird sich der Souverän an der Urne äussern können. Das Kantonsparlament hat am Montag mit einer knappen Mehrheit den Zwillingsinitiativen seine Zustimmung zugesichert.

Brigitte Hürlimann

Wer zahlt schon freudigen Herzens Gebühren, Abgaben oder Steuern? Vermutlich kaum einer – auch wenn hierzulande eine gut funktionierende, unkomplizierte, bürgernahe, kompetente und effiziente Verwaltung sowie eine intakte Infrastruktur als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Den Gebühren oder besser gesagt: Einem unkontrolliert wuchernden und in die Höhe schiessenden Gebührenwildwuchs soll es nun mittels Volksinitiativen an den Kragen gehen. «Ja zu fairen Gebühren im Kanton» und «Ja zu fairen Gebühren in den Gemeinden», so lauten die eingängigen Titel der beiden Vorlagen, die vom kantonalen Gewerbeverband und vom Hauseigentümergebieterverband lanciert worden waren. Die Initianten können bereits einen Zwischenerfolg verbuchen: Am Montag hat die bürgerliche Mehrheit des Kantonsrats die Zwillingsinitiativen zur Annahme empfohlen; einmal mit 89 zu 79 Stimmen und einmal mit 88 zu 78 Stimmen – trotz Ermahnung von Regierungsrat Martin Graf, der die Initiativen als unvernünftig, schlecht durchdacht und kaum umsetzbar bezeichnete.

Die Vertreter von SVP, FDP, CVP und BDP sind da ganz anderer Meinung. In einer ausführlichen Grundsatz-

debatte beklagten sie die heutige, inakzeptable Situation. Die Gebühreneinnahmen im Kanton Zürich hätten in den letzten zehn Jahren um 70 Prozent zugenommen, so Mitinitiant Werner Scherrer (fdp., Bülach). Stossend sei, dass niemand die Effizienz der staatlichen Leistungen prüfe – und der Bürger ja nicht einfach ausweichen könne, weil es oft um Monopolleistungen des Staates gehe. Künftig, so Scherrer, solle deshalb die Hoheit über die Gebühren bei der Legislative liegen und Transparenz nach innen und aussen geschaffen werden. Mit den beiden Volksinitiativen wird verlangt, dass die Gebühren in einem Katalog erfasst werden, der vom Kantonsparlament oder von den kommunalen Parlamenten/Gemeindeversammlungen zu Beginn der Legislaturperiode genehmigt wird. Für ein solches Vorgehen braucht es Änderungen in der Kantonsverfassung und im Gemeindegesetz. Die Initianten und die bürgerliche Mehrheit des Kantonsrats erhoffen sich vom neuen System mehr Transparenz und demokratische Mitsprache bei der Gebührenfestlegung. Die Gebühreneinnahmen, so das Initiativkomitee, beliefen sich im Kanton auf beinahe einen Drittel der Steuereinnahmen, in der Stadt Zürich seien sie gar höher als die Steuereinnahmen.

Gemeindepräsidenten dagegen

Ganz anders tönt es auf der Seite der Ratslinken – aber auch der Verband der Gemeindepräsidenten des Kantons Zürich lehnt die Zwillingsinitiativen ab, ebenso wie der Regierungsrat oder die vorberatende Kommission für Staat und Gemeinden, diese jedoch nur mit einer knappen Mehrheit. Die Gegner der

Initiative warnen vor dem bürokratischen Aufwand oder befürchten Konflikte mit dem Bundesrecht. Mehrere Redner betonten am Montag, das Instrumentarium für Korrekturen an der Gebührenregelung sei heute schon vorhanden und müsse einfach genutzt werden. Markus Bischoff (al., Zürich) erinnerte daran, es seien ja die Parlamente, welche die Gesetze erlassen, in denen pauschal festgehalten werde, die Exekutive oder die Gerichte hätten die Gebühren in einer Verordnung zu regeln: «Wir müssen unsere Hausaufgaben besser machen», so der selbstkritische Parlamentarier – der, wie andere Gegner der Initiativen auch, die Gebühren als unsozial bezeichnet, weil sie unabhängig von der Wirtschaftskraft zu begleichen sind: anders als die Steuern.

Kein Gebührenstopp

Urs Hans (gp., Turbenthal) fand, die Initiativen versprochen mehr, als sie hielten, und sie propagierten ein schwerfälliges System. Parallel zur Budgetdebatte, so seine Bedenken, könnte es neu zu unfruchtbaren Gebührendebatten kommen, und auch Renate Büchi (sp., Richterswil) befürchtet die Verpolitisierung eines Themas, das eher einer Versachlichung bedürfe.

All die Gegenargumente zu den beiden Volksinitiativen überzeugten die bürgerliche Ratsmehrheit nicht. Zwei Gegenvorschläge vonseiten der BDP und der GLP wurden während laufender Debatte zurückgezogen. Zu einem umstrittenen Punkt hatten die Initianten nämlich nachträglich noch ein Rechtsgutachten erstellen lassen. Dieses komme zum Schluss, so Werner Scherrer, dass kein Gebührenstopp drohe, sollte ein Gebührenkatalog nicht genehmigt werden: Es gelte dann einfach weiterhin die alte Regelung. – Ein teures, überflüssiges Bürokratiemonster oder ein effizienter Kampf gegen den Gebührendschungel? Das letzte Wort wird das Stimmvolk haben.

AUS DER SITZUNG DES KANTONSRATS

➤ **Fusion von Sternenberg und Bauma.** In einem förmlichen Beschluss hat auch noch das Kantonsparlament die Fusion der beiden Gemeinden Bauma und Sternenberg zu genehmigen. Der Rat stimmt mit 161 Ja und ohne Gegenstimmen zu. *brh.*